



Auszug aus der Niederschrift der 25. Sitzung des Umwelt-, Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Lippstadt am 15.05.2024

In öffentlicher Sitzung

6. Barrierefreiheit Altstadt

147/2024

Herr Horstmann eröffnete die Diskussion.

Herr Bruns nahm Bezug auf Punkt B) der Vorlage zu TOP 6 und beanstandete, dass laut Beschlussvorschlag nur ein Lösungsansatz erarbeitet werden würde.

Er reichte einen Änderungsantrag ein und wünschte sich ein Konzept mit mehreren verschiedenen Möglichkeiten zur barrierearmen Querung des Rathausplatzes.

Frau Tietze-Feldkamp stellte fest, dass der Antrag ihrer Fraktion inhaltlich gleich zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sei und schloss sich dem Änderungsantrag von Herrn Bruns an. Sie plädierte für eine zeitnahe und schnelle Lösung des Problems des Kopfsteinpflasters auf dem Rathausplatz.

Sie machte ebenfalls nochmal deutlich, dass die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für mehr Barrierefreiheit in der Altstadt dringend erforderlich sei und zur Erstellung z.B. auch eine Begehung mit Menschen mit Behinderung erfolgen solle.

Herr Horstmann erklärte, dass bei allen Neubaumaßnahmen die Barrierefreiheit entsprechend berücksichtigt würde. Eine Zurückstellung der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes bedeute daher nicht, dass die Verwaltung sich der Sache nicht annehmen werde. Er bat um Verständnis, dass aufgrund der fehlenden personellen Kapazitäten in den zuständigen Fachdiensten die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für mehr Barrierefreiheit zurzeit nicht möglich sei. Er machte ebenfalls deutlich, dass die Verwaltung Zeit für die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen benötige.

Herr Luerweg bat um eine zeitliche Eingrenzung für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für mehr Barrierefreiheit in der Altstadt. Er befürwortete ebenfalls den Antrag von Herrn Bruns.

Zur Lösung einer barrierearmen Querung des Rathausplatzes brachte er den Vorschlag ein, Mosaikpflaster zu verlegen, wie es bereits am Bernhardbrunnen der Fall sei und ebenfalls vor der Gastronomie am Rathausplatz.

Frau Ghanem wies darauf hin, dass die Barrierefreiheit ein Menschenrecht sei und dass der Barrierefreiheit insoweit eine große Bedeutung zukommen solle. Sie regte an, eine provisorische Matte auf dem Rathausplatz anzubringen, um so eine vorübergehende Lösung zu schaffen.

Herr Patzke machte deutlich, dass das Thema Barrierefreiheit ein wichtiges Anliegen sei und entsprechend behandelt werden müsse, die Erstellung eines Konzeptes aber auch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde. Bezüglich des Rathausplatzes wies er auf das andere Pflaster entlang der Mauer der Marienkirche sowie auf das bestehende Mosaikpflaster vor der Gastronomie hin und regte an, die Regeln für die Außengastronomie zu ändern, so dass der Weg dort benutzt werden könne.

Bezüglich der Errichtung einer Ladestation für Elektro-Rollstühle / Elektrokleinfahrzeuge an der Touristen-Information der KWL regte er an, entsprechende Hinweisschilder aufzustellen.

Herr Horstmann erklärte, dass es möglich sei, ein Gesamtkonzept für die Barrierefreiheit in verschiedenen Bereichen bis Ende 2025 zu entwickeln.

Herr Holzhauer sprach sich gegen die Erstellung eines Gesamtkonzeptes aus, da bereits bei jeder neuen Maßnahme die Barrierefreiheit berücksichtigt werde. Er halte daher ein Gesamtkonzept für nicht erforderlich.

Er erwähnte ebenfalls das Mosaikpflaster vor der Gastronomie, dass durch Änderung der Regeln für die Außengastronomie als Weg genutzt werden könne.

Herr Holzhauer beantragte, über die Beschlussvorschläge zu TOP 6 einzeln abzustimmen.

Herr Bruns ergänzte, dass dringend intensive Planungen notwendig seien und diese einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf erforderten.

Frau Ghanem wies darauf hin, dass das Mosaikpflaster ebenfalls problematisch für Menschen im Rollstuhl sei. Es sei zwar weniger schlimm als das Kopfsteinpflaster, aber auch bei dem Mosaikpflaster und den vorhandenen Bodenlampen würden Probleme für Rollstühle auftreten. Sie verdeutlichte, dass aus ihrer Sicht die Optik des Rathausplatzes nicht über das Wohlergehen der Menschen zu stellen sei und das zur Erstellung eines Konzeptes Barriere-Scouts und Expertenmeinungen dringend erforderlich seien.

Frau Tietze-Feldkamp betonte ebenfalls die Notwendigkeit von Barriere-Scouts und Experten.

Herr Kleineheilmann stellte die neue Kollegin des Fachdienstes Grünflächen, Spielen und Sport, Frau Deike Westarp, und den neuen Kollegen, Herrn Martin Drees, vor.

Der Ausschuss stimmte zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion ab:

„Es wird gebeten, über die Beschlussvorschläge zu TOP 6 einzeln abzustimmen“

(15 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen – Mit Mehrheit zugestimmt)

Abschließend fasste der Ausschuss folgende Beschlüsse:

- a) Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes und Maßnahmenpaketes für mehr Barrierefreiheit in der Altstadt Lippstadt wird bis Ende 2025 zurückgestellt.
(16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung – Mit Mehrheit zugestimmt)
- b) Exemplarisch sind für eine möglichst barrierearme Querung des Rathausplatzes verschiedene tiefbautechnische Lösungsansätze / Gestaltungsentwürfe zu erarbeiten.
(Einstimmig zugestimmt)
- c) Ladestation für Elektro-Rollstühle / Elektrokleinfahrzeuge

Variante A)

Dem Antrag zur Errichtung einer Ladestation für Elektro-Rollstühle / Elektrokleinfahrzeuge an der Touristen-Information der KWL (Rathaus) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modell auszuarbeiten und Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

(4 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen – Mit Mehrheit abgelehnt)

Variante B)

Dem Antrag zur Errichtung einer Ladestation für Elektro-Rollstühle / Elektrokleinfahrzeuge an der Touristen-Information der KWL (Rathaus) wird nicht gefolgt.

(13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen – Mit Mehrheit zugestimmt)

- d) Dem Antrag auf öffentliche Begehungen und die Erarbeitung von Maßnahmen für die Beseitigung von Barrieren wird nicht gefolgt.
(13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen – Mit Mehrheit zugestimmt)
- e) Dem Antrag bezüglich der barrierefreien Spielplätze (Untersuchung Spielplätze / Fördermöglichkeiten) wird nicht gefolgt.
(13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen – Mit Mehrheit zugestimmt)
- f) Der Beschluss aus dem Jugendhilfeausschuss vom 19.01.2022 wird zur Kenntnis genommen.